



Presseunterlagen

Pressekonferenz zum Armutsbericht 2016 am 23. Februar 2016, 10:00 Uhr im Albrechtshof, Berlin





Pressemeldung vom 23.02.2016

Armutsbericht 2016: Verbände kritisieren anhaltend hohe Armut und fordern von Bundesregierung sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel

Ein Verharren der Armutsquote in Deutschland auf hohem Niveau beklagt der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem aktuellen Armutsbericht, der erstmals in erweiterter Form und unter Mitwirkung weiterer Verbände und Fachorganisationen erscheint. Während in neun Bundesländern die Armutsquoten 2014 gesunken seien, belegt der Bericht einen Anstieg der Armut in den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. Hauptrisikogruppen seien Alleinerziehende und Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner, deren Armutsquote rasant gestiegen sei und erstmals über dem Durchschnitt liege. Die Herausgeber sehen daher auch keinerlei Anlass zur Entwarnung und fordern von der Bundesregierung einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um dringend notwendige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen.

Das gute Wirtschaftsjahr 2014 habe zu keinem nennenswerten Rückgang der Armutsquote in Deutschland geführt. Die Armut verharre mit 15,4 Prozent auf hohem Niveau, so der Bericht. Die Armutsquote sei zwar von 2013 auf 2014 um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Ob der Negativtrend seit 2006, als die Armutsquote noch 14 Prozent betrug, damit gestoppt sei, sei jedoch offen. Während es insbesondere in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern signifikante Rückgänge der Armutsquoten gegeben habe, setze sich der Negativtrend in Nordrhein-Westfalen ungebrochen fort. Das Ruhrgebiet bleibe mit Blick auf Bevölkerungsdichte und Trend die armutspolitische Problemregion Nummer Eins in Deutschland. Seit 2006 sei die Armutsquote im Ruhrgebiet um 27 Prozent angestiegen auf einen neuen Höchststand von 20 Prozent. Die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen sind nach dem Bericht Erwerbslose (58 %). Auch die Kinderarmutsquote (19 %) liegt nach wie vor deutlich über dem Durchschnitt, wobei die Hälfte der armen Kinder in Haushalten Alleinerziehender lebt. Die Armutsquote Alleinerziehender liegt bei sogar 42 %, was u.a. an systematischen familien- und sozialpolitischen Unterlassungen liegt. Alarmierend sei die Entwicklung insbesondere bei Rentnerhaushalten. Erstmalig seien sie mit 15,6 Prozent überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die Quote der altersarmen Rentnerinnen und Rentner sei seit 2005 um 46 Prozent und damit so stark angewachsen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Ergänzend zu den empirischen Befunden beleuchten die Experten in dem Bericht auch umfassend die Lebenslagen einzelner nach der Statistik überdurchschnittlich von Armut betroffener Personengruppen wie bspw. Kinder oder Migrantinnen und Migranten, sowie derjenigen, die bisher gar nicht von der Statistik erfasst werden, wie Obdachlose oder Flüchtlinge.

Herausgeber des Armutsberichts sind Der Paritätische Gesamtverband, das Deutsche Kinderhilfswerk, der Volkssolidarität Bundesverband, die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, der Deutsche Kinderschutzbund, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte
und die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie. PRO ASYL hat sich zudem mit seiner flüchtlingspolitischen
Expertise in die Erstellung des Berichts eingebracht. Die Herausgeber verstehen den gemeinsamen Bericht als
"parteiisch und aufklärerisch im besten Sinne" und erklären: "Wir sind Verbände und Fachorganisationen, die die
Lebenslagen der Betroffenen kennen und ihnen mit diesem Bericht eine Stimme geben wollen. Wir wissen, wovon wir reden und was Armut in Deutschland bedeutet. Es ist Zeit für eine Sozialpolitik, die wirklich alle Menschen
mitnimmt und keinen zurück lässt. Es ist Zeit für einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um Armut zu
bekämpfen und eine Verringerung sozialer Ungleichheit zu erreichen." Für den 7. und 8. Juli 2016 kündigen die
Herausgeber als nächste gemeinsame Aktion einen großen armutspolitischen Hauptstadtkongress an, für den
bereits weitere Mitveranstalter wie u.a. der DGB gewonnen werden konnten.

Den Bericht, weitere Infos und eine detaillierte Suchfunktion nach Postleitzahlen finden Sie im Internet unter: www.der-paritaetische.de/armutsbericht Details zum Armutskongress am 7. und 8. Juli 2016 in Berlin unter: www.armutskongress.de























Pressestatement Dr. Ulrich Schneider Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Paritätische Armutsbericht 2016 sieht etwas anders aus als seine Vorgänger. Er hat zum ersten Mal Mitherausgeber, namentlich den Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, den Deutschen Kinderschutzbund, das Deutsche Kinderhilfswerk, den Verband alleinerziehender Mütter und Väter und die Volkssolidarität. Nicht zuletzt unterstützte uns auch PRO ASYL bei dem Bericht mit seiner Expertise.

Es sind Fachorganisationen, die etwas verstehen von Lebensverhältnissen in Deutschland. Sie kennen vor allem die Lebensverhältnisse derjenigen Menschen, die auf der Schattenseite dieser Gesellschaft stehen. Aus unserer Praxis heraus sind wir gemeinsam der Überzeugung: Man ist in diesem reichen Deutschland nicht erst dann arm, wenn man unter Brücken schlafen oder Pfandflaschen sammeln muss. Armut beginnt nicht erst dann, wenn Menschen verelenden. Für uns ist Armut auch dann bereits gegeben, wenn Menschen auf Grund ihres unzureichenden Einkommens einfach nicht mehr teilhaben können an ganz normalen Lebensweisen dieser Gesellschaft, wenn Menschen nicht mehr mithalten können, gezwungen werden, sich zurückzuziehen, faktisch ausgegrenzt oder abgedrängt werden, in Sub- oder Parallelgesellschaften der Armut. Wir erleben, dass ein solches relatives Verständnis von Armut zunehmend attackiert wird und in Abrede gestellt werden soll. Wer jedoch Armut wieder auf Elend reduzieren will und wer die wirkliche Bedürftigkeit vieler armer Menschen in Deutschland plötzlich in Abrede stellen will, attackiert den Zusammenhalt dieser Gesellschaft selbst. Wer absolute statt relative Armut propagiert, schafft allererst die geistige und normative Grundlage für immer mehr Ungleichheit, Ausgrenzung und Armut.

In diesem Sinne will unser gemeinsamer Armutsbericht parteiisch und aufklärerisch sein im besten Sinne: Wir wollen Bewusstsein und Verständnis wecken für die Armut und die Armen in diesem Land. Erstmalig enthält der Bericht wieder vertiefende Analysen und Berichte zu Bevölkerungsgruppen, die besonders von Armut betroffen sind.

Die Regionen:

Ich darf Ihnen in aller Kürze die zentralen Befunde des empirischen Teils nennen: 15,4 Prozent der Bevölkerung in Deutschland galten 2014 als einkommensarm. Rechnerisch sind dies etwa 12,5 Millionen Menschen.

Gegenüber dem Vorjahreswert ist die Armutsquote um 0,1 Prozent-Punkte gesunken. Der bundesweite Aufwärtstrend seit dem Jahre 2006 ist damit im Jahr 2014 erst ein-mal gestoppt. Ob der Negativtrend damit beendet ist, ob er in eine Seitenbewegung einmündet oder ob es sogar der Beginn einer Trendwende ist, werden die nächsten Jahre zeigen.

In einem weiteren Punkt hebt sich das Jahr 2014 positiv von 2013 ab: In 2013 nahm die Armut fast flächendeckend zu – nämlich in 14 der 16 Bundesländer. In 2014 sind es gleich 9 Bundesländer in denen die Quoten nicht nur nicht weiter steigen, sondern sogar sinken. Gerade Länder mit sehr hohen Armutsquoten zeigen die signifikantesten Rückgänge: Bremen mit minus 0,5 Prozent-Punkten, Mecklenburg-Vorpommern mit minus 2,3 Prozent-Punkten. Und zum ersten Mal seit 2006 geht auch in Berlin die Armut wieder zurück, und dies gleich um 1,4 Prozentpunkte.





















Dass die Armut in Gesamtdeutschland dennoch nicht mehr als 0,1 Prozent-Punkte abnahm, ist in erster Linie den großen Flächenländern Bayern und Nordrhein-Westfalen geschuldet, in denen zusammen immerhin über 30 Millionen Menschen leben, 37 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands. War der Anstieg der Armutsquote in Bayern von 11,3 auf 11,5 Prozent noch relativ moderat, stieg die Quote in Nordrhein-Westfalen völlig gegen den Bundestrend gleich um 0,4 Prozent-Punkte von 17,1 auf 17,5 Prozent.

Nordrhein-Westfalen ist damit aktuell das Bundesland, das in der mehrjährigen Sicht die schlechteste Entwicklung aufweist.

Seit 2006 nimmt in Nordrhein-Westfalen die Armut nun fast ununterbrochen zu von 13,9 auf zuletzt 17,5 Prozent. Dies entspricht einem Anstieg um 26 Prozent. In keinem anderen Bundesland ist die Armut in diesem Zeitraum auch nur annähernd so stark angewachsen. Ausschlaggebend für den langfristigen Negativtrend in Nordrhein-Westfalen ist das Ruhrgebiet: Erstmalig hat es 2014 mit seinen über 5 Millionen Einwohnern die 20 Prozent-Marke erreicht. Jeder fünfte Einwohner dieses größten Ballungsraums Deutschlands muss mittlerweile zu den Armen gezählt werden. Es ist ein Anstieg um 27 Prozent, seit im Jahr 2006 der Negativtrend in dieser Region einsetzte.

Mit Blick auf seine Bevölkerungsdichte und die langfristigen Trends bleibt das Ruhrgebiet auch 2014 die armutspolitische Problemregion Nummer Eins in Deutschland.

Die Hartz IV-Quoten im Ruhrgebiet untermauern diesen Befund: Während die Hartz-IV-Quote zwischen 2006 und 2014 bundesweit von 11,4 auf 9,5 Prozent zurückging, stieg sie im Ruhrgebiet von 15,7 auf 16,4 Prozent. Bei den Kindern betrug sie zuletzt 28 Prozent, in Duisburg, Dortmund, Essen und Hagen über 30 Prozent und in Gelsenkirchen sogar 40 Prozent. Fast jedes zweite Kind lebt dort mittlerweile von Hartz IV.

Die Risikogruppen:

Was die Risikogruppen anbelangt, waren es 2014 erneut die Erwerbslosen mit 58 Prozent, Alleinerziehende mit 42 Prozent, kinderreiche Familien mit 25 Prozent, Ausländerinnen und Ausländer mit 33 Prozent und schlecht qualifizierte Menschen mit 31 Prozent, die besonders häufig von Armut betroffen waren. Bei all diesen Gruppen hat sich in den letzten Jahren so gut wie nichts bewegt – trotz alljährlich gleichlautender Befunde und trotz alljährlicher politischer Versprechen, hieran etwas ändern zu wollen.

Auf eine weitere Risikogruppe möchte ich hinweisen, die statistisch ins Auge fällt: Es sind die Rentnerinnen und Rentner. Nachdem sie jahrelang deutlich unterproportional von Armut betroffen waren, lag ihre Quote 2014 mit 15,6 Prozent erstmals über dem Durchschnitt. Gravierend ist jedoch die dahinterstehende Dynamik: die Armut unter den Rentnerinnen und Rentnern ist seit 2005 etwa zehnmal so stark angewachsen wie beim Rest der Bevölkerung – um 46 Prozent nämlich. Ein solcher Anstieg, eine solche Rasanz ist völlig beispiellos. Es ist eine Armut, die sich zum Großteil ganz knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus bewegt. Leider bleibt sie bei vielen Akteuren damit zugleich unterhalb der politischen Wahrnehmungsschwelle. Doch dürfte sich das in den nächsten 10 bis 15 Jahren ganz massiv ändern, wenn zunehmend mehr Menschen mit gebrochenen Erwerbsverläufen in das Rentenalter kommen. Ich wiederhole ganz bewusst noch einmal, was wir bereits im letzten und vorletzten Jahr anmahnten: Was wir heute in der Statistik sehen, sind die Vorboten einer Lawine der Altersarmut. Wir alle wissen, wieviel Vorlauf Reformen im Rentenrecht und in der Altersgrundsicherung benötigen. Wenn wir diese Lawine stoppen wollen, müssen wir heute und nicht in einigen Jahren beginnen, die Weichen zu stellen.





















Lassen Sie mich schließlich im Zusammenhang mit dem Thema "Risikogruppen" eine Frage vorwegnehmen, die bestimmt gestellt wird: Wie wirken sich die aktuellen Flüchtlingszahlen auf die Armutsquote aus? Erst einmal gar nicht. Selbst wenn diese Menschen arm sind. Wie beispielsweise Wohnungslose, Bewohner von Pflegeheimen, Studenten in Wohnheimen oder Strafgefangene gehen die Flüchtlinge solange nicht in die Einkommensstatistik des Mikrozensus ein, wie sie in Erstaufnahme- oder anderen Gemeinschaftsunterkünften leben. Sie werden erst mit gezählt, wenn sie einen eigenen Haushalt haben. Selbst für den rein theoretischen und denkbar schlechtesten aller Fälle, dass alle eine Million Flüchtlinge mit ihrem Einkommen unter die Armutsgrenze fielen, würde sich die Armutsquote lediglich um einen Prozentpunkt auf 16,4 Prozent erhöhen. Wir sollten uns häufiger vor Augen halten, dass wir in Deutschland über 81 Millionen Menschen sind. Die eine Million Flüchtlinge, die im letzten Jahr zu uns kamen, machen lediglich knapp über ein Prozent der Bevölkerung aus. Wir stehen mit den Flüchtlingen ganz zweifellos in vielen Regionen vor ganz außerordentlichen logistischen und politischen Herausforderungen. Doch darf man die Relationen nicht aus den Augen verlieren: Auch ohne Flüchtlinge haben wir 1 Million Langzeitarbeitslose, auch ohne Flüchtlinge fehlen uns bis 2020 jährlich 400.000 zusätzliche Wohnungen, darunter 80.000 Sozialwohnungen. Das Horrorszenario, wonach ausgerechnet die Flüchtlinge unseren Sozialstaat überstrapazieren würden, hat keine empirische Grundlage, sondern ist in erster Linie Stimmungsmache. Die Probleme auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und auch die Fragen inklusiver Bildung, vor denen wir stehen, sind nicht mit den Flüchtlingen gekommen, sondern sind das Ergebnis jahrelanger politischer Versäumnisse, unter denen Deutsche schon vorher und Flüchtlinge jetzt auch leiden müssen. Vielleicht helfen die Flüchtlinge sogar, allen politisch Verantwortlichen endlich die Augen zu öffnen für das armutspolitisch Notwenige n diesem Lande.

Meine Damen und Herren,

Deutschland ist das fünftreichste Land dieser Welt. Von Jahr zu Jahr wird Deutschland reicher. Um weit mehr als eine halbe Billion Euro ist unser Bruttoinlandprodukt allein seit dem Krisenjahr 2009 gewachsen auf nunmehr über drei Billionen. Gleichzeitig nahm auch die Armut zu, wurden mehr und mehr Menschen von diesem Wohlstand abgekoppelt. Unsere Armutsprobleme sind hausgemacht. Hauptverantwortlich ist dabei der Bund. Um es ganz klar zu sagen: Selbst ein so großes Land wie NRW hat nur sehr begrenzte Möglichkeiten, seine Armut zu bekämpfen, solange die Weichen im Bund so falsch gestellt sind, wie derzeit. Wir wissen sehr wohl, was zu tun wäre, um die Armut in Deutschland wirksam zu bekämpfen, von Reformen in der Alterssicherung über eine Kindergrundsicherung bis hin zu einer sanktionsfreien und bedarfsgerechten Grundsicherung für Arbeitslose, vom Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung über inklusive Bildung bis hin zur Stärkung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen. Doch werden wir solange scheitern müssen, solange Bundesregierungen wie die jetzige oder ihre Vorgängerregierung die Erhöhung von Steuern und Abgaben zum Tabu erklären. Ob Regelsatzerhöhung oder bessere Bildung: Armutsbekämpfung setzt höhere Staatsausgaben voraus, Armutsbekämpfung heißt immer auch Umverteilung. Daran beißt die Maus keinen Faden ab. Wir brauchen einen rigorosen Kurswechsel in der der Steuer- und Finanzpolitik.

Der Paritätische Gesamtverband

Pressekontakt:

Gwendolyn Stilling, Pressesprecherin, Tel. 030/24636305, E-Mail: pr@paritaet.org























Pressestatement Thomas Krüger Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks



Für eine effiziente und nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland brauchen wir einen Bundesweiten Aktionsplan gegen Kinderarmut, der als schlüssiges Gesamtkonzept mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist und alle gesellschaftlichen Handlungsfelder umfasst. Kinder haben nach den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf ein soziokulturelles Existenzminimum, das ihnen die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglichen soll.

Wir müssen feststellen, dass weder die notwendige Einführung einer Kindergrundsicherung, noch Maßnahmen in der Gesundheits- oder Bildungspolitik zur Bekämpfung der Kinderarmut derzeit auf der bundesdeutschen Regierungsagenda stehen. Es fehlen Maßnahmen zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie eine Stadtentwicklungsplanung zur Unterstützung benachteiligter Stadtquartiere oder Initiativen für mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Deshalb brauchen wir zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland dringend einen Politikwechsel in diesem Bereich, der durch eine solidarischere Steuer- und Finanzpolitik finanziert werden sollte.

Finanzielle Unterstützungsleistungen

Durch die derzeitigen Hartz IV-Regelsätze und die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wird die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien nicht ausreichend gewährleistet. Es fehlt den Kindern und Jugendlichen häufig an Dingen, die für andere Kinder selbstverständlich sind: eine gesunde Ernährung, ausreichend Winterkleidung oder ein eigenes Zimmer. Deshalb ist es in einem ersten Schritt notwendig, die Regelsätze durch eine deutliche Anhebung armutsfest zu machen. Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern und Familien mit Migrationshintergrund, die in besonderem Maße von Armut betroffen sind, brauchen mehr Unterstützung als bisher. Dabei bietet die Reform von zielgerichteten Leistungen, wie dem Kinderzuschlag und dem Unterhaltsvorschuss, einen ersten Ansatz. Langfristig sollten die finanziellen Unterstützungsleistungen in einer Kindergrundsicherung münden.

Bildungsgerechtigkeit

Das Deutsche Kinderhilfswerk vermisst an vielen Stellen den politischen Willen, sich dem drängenden, strukturellen Problem der schlechten Bildungschancen von Armut betroffener Kinder in Deutschland anzunehmen. Das Problem der Bildungsbenachteiligung ist skandalös und hängt Deutschland nun schon seit vielen Jahren nach. Dabei ist auch in der Politik hinlänglich bekannt: Bildung ist als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und für den chancengerechten Zugang zu einer angemessenen beruflichen Entwicklung nachweislich von entscheidender Bedeutung. Fortschritte in diesem Bereich sind bisher aber kaum ersichtlich. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wurde ein Bürokratiemonster geschaffen, von dem viele Kinder trotz Anspruch nicht profitieren. Gleichzeitig hat sich mit der Ausweitung des Nachhilfeunterrichts ein privat finanziertes Unterstützungssystem neben dem öffentlichen Schulsystem etabliert, zu dem vor allem Kinder aus wohlhabenden und höher gebildeten Familien Zugang haben. Damit verschärft sich die Chancenungerechtigkeit unseres Bildungssystems tendenziell. Auch bei der Integration von Flüchtlingskindern gewinnt der Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft verstärkt an Bedeutung. Viele der aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns geflüchteten Kinder und Jugendlichen haben einen großen Nachholbedarf an schulischer Bildung. Hier müssen wir schnellstens handeln, um ihnen den Anschluss an das Wissen und die Kompetenzen ihrer Altersgenossen zu ermöglichen. Das Deutsche Kinderhilfswerk hat starke Zweifel, ob diese Herausforderungen mit dem derzeit gesetzlich fixierten Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im schulischen Bereich gelingen. Hier sollten wir deshalb zu anderen Lösungen kommen. Das sieht nach den Zahlen des Kinderreports 2016 auch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land so.



















Stadtentwicklungsplanung zur Unterstützung benachteiligter Stadtquartiere

Eine Studie des Deutschen Kinderhilfswerkes hat die Qualität von Spiel- und Aufenthaltsräumen im Wohnumfeld von Kindern untersucht. Wie zugänglich sind Spielorte in der Umgebung, wie gefahrlos können sich Kinder dort bewegen, treffen sie dort Spielgefährten und werden sie zum gemeinsamen Spiel angeregt? Die Ergebnisse zeigen, dass es in Wohngebieten mit schlechter Aktionsraumqualität bei vielen Kindern zu einer Verzögerung ihrer sozialen Entwicklung kommt. Kinder in Gebieten mit schlechter Wohngebietsqualität stehen vielfach auf der Verliererseite, räumliche Trennung und soziale Benachteiligung sind oftmals gemeinsam anzutreffen, sie verstärken sich gegenseitig und verfestigen damit soziale Ungleichheit. Wer die Startbedingungen von Kindern aus finanziell benachteiligten Verhältnissen verbessern will, darf deshalb nicht allein an der Höhe von Regelsätzen oder am Schulsystem ansetzen. Auch das Wohnumfeld mit seinen Chancen und Restriktionen ist von großer Bedeutung. Positive Veränderungen in diesem Bereich haben weitreichende Auswirkungen für die Entwicklung von Kindern zu mehr Selbständigkeit und Kreativität. Stadtentwicklungsplanung hat somit auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Zudem kann mehr sozioökonomische Durchmischung der Bevölkerung in Wohngebieten einen Beitrag zur gesellschaftlichen Inklusion benachteiligter Milieus leisten und damit von Armut betroffenen Kindern Teilhabechancen bieten.

Kinder- und Jugendarbeit

Für die Kinder- und Jugendarbeit stehen derzeit nur rund 10 Euro monatlich pro Kind zur Verfügung. Das ist viel zu wenig. Durch diese chronische Unterfinanzierung müssen immer wieder Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen ihre Arbeit einstellen. Das ist insbesondere für von Armut betroffene Kinder ein großes Problem. Denn diese Kinder leiden aufgrund ihrer oftmals erhöhten Förderbedarfe besonders unter einer schlechten finanziellen Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit. Armut stellt für Kinder ein bedrohliches Entwicklungsrisiko dar. Es ist deshalb erforderlich, dass alle Beteiligten der Kinder- und Jugendarbeit eine besondere Empathie für diese Gruppe entwickeln. Das ist jedoch nur möglich, wenn entsprechende Personal- und Ausstattungsressourcen vorhanden sind - in Jugendzentren, Verbänden, Zirkusprojekten und Zeltlagern, auf dem Abenteuerspielplatz, auf der Straße, an Szenetreffpunkten oder im Spielmobil.

Frühkindliche Beteiligung

Die frühe Beteiligung von Kindern durchbricht den Kreislauf der Vererbung von Armut. Der Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes zeigt, dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungem Alter soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen. Für Kinder aus benachteiligten sozialen Lagen ist es also von besonderer Bedeutung, schon im jungen Alter in der Kita entsprechende positive Erfahrungen machen zu können. Durch frühe Mitbestimmung können die Kinder die Folgen von sozialer Benachteiligung kompensieren. Das Deutsche Kinderhilfswerk konnte im Kinderreport 2012 zeigen, dass Kinder desto stärker und somit resilienter werden, je mehr sie an Entscheidungen, Planungen und Abläufen in Kindertagesein-richtungen beteiligt werden. In zahlreichen Interviews berichteten Eltern und Erzieherinnen immer wieder, dass gute Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kita für die Kinder förderliche Wirkungen haben. Die Kinder erkennen und strukturieren Problemsituationen realitätsgerechter, sie lösen Konflikte eigenständiger und nachhaltiger, sie reagieren in belastenden Situationen gelassener und sie können ihre Meinung nachhaltiger und klarer vertreten. All dies sind im Übrigen notwendige Kompetenzen für eine nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitbestimmung der Kinder.

Deutsches Kinderhilfswerk e. V.

Pressekontakt:

Uwe Kamp, Pressesprecher,

Tel. 030/308693-11 oder 0160/6373155, E-Mail: kamp@dkhw.de





















Pressestatement Dr. Wolfram Friedersdorff Präsident des Volkssolidarität Bundesverbandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst geht mein Dank an den Paritätischen Gesamtverband für das Angebot an die Volkssolidarität, sich als Mitherausgeber am Armutsbericht 2016 zu beteiligen.

Als Sozial- und Wohlfahrtsverband, der vor allem in Ostdeutschland aktiv ist, kennen wir die Probleme der Menschen vor Ort, die bereits jetzt von Altersarmut betroffen sind. Das sind nicht nur diejenigen, die offiziell Leistungen der Grundsicherung im Alter beziehen, sondern auch Ältere, die auf Hilfe zur Pflege oder auf Wohngeld angewiesen sind. Gar nicht zu reden von denen, die aus Unkenntnis oder Scham keine Leistungen beantragen. Gerade bei Älteren ist eine hohe Dunkelziffer der "verdeckten" Armut zu verzeichnen. Wir gehen davon aus, dass bereits heute deutlich mehr als eine Million Senioren in Armut leben und kaum eine Chance haben, dieser Lebenslage zu entrinnen.

Die für 2016 erwartete hohe Rentenanpassung ändert daran wenig, denn sie wird auf längere Zeit eine Ausnahme bleiben.

Der Armutsbericht 2016 des Paritätischen unterstreicht völlig zu Recht den wachsenden Kontrast zwischen einer insgesamt positiven Wirtschaftsentwicklung und einer zunehmenden Armut – auch im Alter.

Das ist das Ergebnis von Weichenstellungen, für die die Politik maßgeblich Verantwortung trägt. Die Folgen von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung schlagen sich zunehmend in Erwerbsbiografien mit niedrigen Rentenansprüchen nieder. Verschärft wird diese Entwicklung durch den Kurs auf eine Privatisierung der Altersvorsorge in Verbindung mit einer systematischen Absenkung des Rentenniveaus. Die Riester-Rente ist offensichtlich ungeeignet, um die gesetzlich verordnete Absenkung des Rentenniveaus seit den Rentenreformen 2000/2001 auszugleichen.

Kein Wunder, dass immer mehr Menschen auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen sind, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht. Und ihre Zahl wächst weiter. Die demografische Entwicklung beschleunigt diesen Prozess zusätzlich. Schon heute schützt dieses "unterste Auffangnetz" nicht ausreichend vor Armut. Wir erleben, dass immer mehr Ältere sich bei den "Tafeln" mit Lebensmitteln versorgen.

Deutlich wird: Das System der Alterssicherung ist reformbedürftig. Es geht nicht um Klein- und Kleinst-Reparaturen, sondern um ein grundlegendes Umsteuern. Es kann niemanden kalt lassen, wenn die durchschnittlichen Zahlbeträge der Neurenten sich immer weiter dem Niveau der Grundsicherung annähern.

Altersarmut muss vor allem präventiv bekämpft werden.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die wirksam Langzeitarbeitslosigkeit abbaut und auch für ältere Arbeitslose "Brücken in die Rente" ermöglicht, sowie ein ausreichender gesetzlicher Mindestlohn (aktuell wären das mindestens 11 Euro) – das sind wichtige Voraussetzungen, damit Menschen gar nicht erst auf Grundsicherung angewiesen sind.





















Zu einer wirksamen Prävention gegen Altersarmut gehört, das Leistungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht weiter herunterzufahren. Wir wollen eine strukturell armutsfeste Rente. Dazu muss das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente mit den Löhnen mitwachsen. Übrigens auch, um ihre Legitimation bei den Jüngeren zu sichern. Das wäre wichtiger als eine "Lebensleistungsrente", die Symptome kuriert und nicht verhindert, dass eine wachsende Anzahl von Menschen in die Grundsicherung im Alter fällt.

In diesen Kernbereichen von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen echte Fortschritte erzielt werden. Hier ist jede Bundesregierung gefordert aktiv zu werden, wenn eine künftige Welle von Altersarmut abgewehrt werden soll. Im Übrigen gilt es auch zu verhindern, dass die Grundsicherung im Alter auf dem Schleichweg zum Regelsystem für die Alterssicherung wird und die gesetzliche Rente somit ersetzt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Pressekontakt:

Tilo Gräser, Referent für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 030/2789 7121, mobil: 0173-4126454, E-Mail: tilo.graeser@volkssolidaritaet.de

























Pressestatement Werena Rosenke stv. Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe und stv. Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz (nak)

335.000 Menschen in Deutschland sind ohne Wohnung, so viele wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) hat sich mit einem eigenen Beitrag an der Erstellung des Armutsberichts 2016 beteiligt und zeichnet auch als Mitherausgeber, weil wir auf die dramatische Zunahme von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot aufmerksam machen müssen. Wir wollen darlegen, welche langfristigen und schwerwiegenden Folgen die Wohnungslosigkeit für die Betroffenen hat. Und wir wollen für die von uns geforderten Sofortmaßnahmen werben.

Es fehlen bezahlbare Wohnungen für wohnungslose Menschen, für einkommensarme Haushalte und für die zunehmende Zahl von Flüchtlingen und EU-Zuwanderern.

Als wichtigste Ursachen für die zunehmende Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit möchte ich nennen:

Die Sozialbindungen sind ausgelaufen, aber es ist nicht mit dem Neubau von Sozialwohnungen oder dem Erwerb von Sozialbindungen gegengesteuert worden.

Kommunen, Länder und der Bund haben ihre eigenen Wohnungsbestände an meistbietende private Investoren verkauft und sich so selbst geeigneter Reserven preiswerten Wohnraums beraubt.

Große Wohnungsbestände in attraktiven Lagen stehen durch Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung), denen ebenfalls nicht gegengesteuert worden ist, Mieterhaushalten mit geringem Einkommen nicht mehr zur Verfügung.

Noch immer gibt es zu wenige Kommunen und Kreise, die systematisch versuchen, Wohnungsverluste zu vermeiden, bspw. durch Einrichtung entsprechender Präventionsstellen

Die Armut der unteren Einkommensgruppen hat sich verfestigt u. a. durch den Niedriglohnsektor, durch atypische Beschäftigung sowie durch den unzureichenden ALG Il-Regelsatz. Menschen mit geringen Einkommen müssen einen wesentlich größeren Anteil ihrer Einkünfte für das Wohnen aufbringen als Menschen mit hohen Einkommen. Je höher das Einkommen, desto geringer der Wohnkostenanteil. Einkommensarme Menschen geraten oft in eine Verschuldungsspirale, an deren Ende auch der Wohnungsverlust stehen kann. Diese Menschen sitzen dann fest in oft menschenunwürdigen Unterkünften, leben in prekären und mitunter – besonders für Frauen und junge Menschen – gefährlichen Mitwohnverhältnissen.

Damit bin ich auch schon bei den langfristigen und dramatischen Folgen der Wohnungslosigkeit für die Betroffenen.

Wohnungslosigkeit ist die extremste Form sozialer Ausgrenzung. Wohnungslose Menschen sind nicht nur aus dem Wohnungsmarkt ausgegrenzt, sondern erfahren Ausgrenzung auch in anderen existenziellen Lebensbereichen: Wohnungslose Menschen sind überwiegend langzeitarbeitslos, haben geringe Bildungsqualifikationen, können ihre Rechte auf Transferleistungen nicht realisieren, finden keinen Zugang zur geregelten medizinischen Versorgung. Oftmals leben sie sozial sehr isoliert und erfahren Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Raum.

Diese verschiedenen Dimensionen der Ausgrenzung befördern und begründen auf je unterschiedliche Weise Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit. Zugleich ist das Leben ohne eigene Wohnung wiederum Grund dafür, dass die Ausgrenzung in den anderen Dimensionen nicht überwunden werden kann.





















Deswegen sind unsere zentralen Forderungen:

- Der Bund muss wieder Verantwortung in der Wohnungspolitik übernehmen. Es bedarf eines Wohnungsgipfels, der Sofortmaßnahmen beschließt zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und zur Versorgung von wohnungslosen und einkommensarmen Haushalten mit eigenem Wohnraum.
- Die Bundes- und Landesmittel für den Sozialen Wohnungsbau müssen über Jahre drastisch erhöht werden und die Kommunen müssen alle Wohnungsbauförderprogramme aktiv nutzen, um den Fehlbestand an preisgünstigen Wohnungen ausgleichen zu können.
- Die Kommunen müssen sicherstellen, ggf. durch Einführung entsprechender Quoten, dass bereits wohnungslose Haushalte mit eigenen Wohnungen versorgt werden und sie müssen dringend Präventionsstellen einrichten, um Wohnungsverluste zu verhindern.
- Wenn trotz aller Bemühungen ein Wohnungsverlust nicht verhindert werden kann, muss es soziale Hilfen zur Wiedererlangung einer Wohnung geben sowie ein menschenwürdiges Notversorgungssystem. Durch Übernahme eines höheren Anteils an den Kosten der Unterkunft muss der Bund die Kommunen bei der Notversorgung stärker finanziell entlasten.

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.

Pressekontakt:

Werena Rosenke,

Tel. 030/2844537-11, E-Mail: werenarosenke@bagw.de





















Pressestatement Günter Burkhardt Geschäftsführer

Armut wird gemacht

Annähernd jeder zweite Asylsuchende, der in Deutschland seinen Antrag gestellt hat, durfte in den letzten Jahren rechtlich abgesichert bleiben. Es besteht kein Grund anzunehmen, dass sich dies kurzfristig ändern wird – es sei denn durch politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

War bis vor etwa einem Jahr noch das Credo in der politischen Diskussion, dass ein frühzeitiger Zugang zu Sprach- und Integrationskursen vor dem oben genannten Hintergrund eine sinnvolle Investition in die Zukunft ist, so befinden wir uns aktuell in einer Phase des Rollbacks. Am Ende könnte es dazu kommen, dass Flüchtlinge, die bleiben, durch politische Fehlentscheidungen einem großen Armutsrisiko unterliegen. Die Fehlausrichtung der Politik zwingt Flüchtlinge in die Armut. Strukturelle und sich verfestigende Armut unter Flüchtlingen, die oft hochmotiviert ein neues Leben beginnen wollen, ist nicht nur für die Betroffenen eine frustrierende Erfahrung, auch die Aufnahmegesellschaft verschenkt Zukunftschancen.

Problem 1: Asylverfahren dauern zu lange, gerade auch für Personengruppen mit statistisch guten Anerkennungschancen. Dennoch haben nur diejenigen einen begrenzten Anspruch auf Sprachkurse, die aus Syrien, dem Irak, Iran oder Eritrea kommen. Die Ausgeschlossenen warten dann in vielen Fällen eineinhalb Jahre und mehr auf Anerkennung in Asylverfahren und Zugang zum Integrationskurs. Dauerhaft ausgeschlossen von allen Perspektiven sind Asylsuchende aus vermeintlich "sicheren Herkunftsländern".

Die vor rund einem Jahr stattfindende Diskussion, wie Integration gelingen kann, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Ausgrenzung in die Isolation sowie mangelnde Unterstützung bei der Integration zwingen Flüchtlinge in die Rolle von Hilfsbedürftigen.

Problem 2: Unterbringung. Der Aufenthalt in oft überlaufenen Erstaufnahmeeinrichtungen soll nunmehr bis zu sechs Monate dauern. Im Klartext: Keine Privatsphäre, keine Rückzugsmöglichkeit, Isolation. Auch die sich anschließende Unterbringung in den Kommunen bedeutet in vielen Fällen, einem Leben im Substandard ausgeliefert zu sein. Die Überschreitung jedes denkbaren Mindeststandards bei Unterkünften ist eher die Regel als die Ausnahme. Eine Vielzahl anerkannter Flüchtlinge lebt in den Gemeinschaftsunterkünften – mangels Alternative. Ein großangelegtes Programm des sozialen Wohnungsbaus ist längst überfällig – für Flüchtlinge, aber auch einkommensschwache Inländer und andere Personengruppen.

Es ist ein schwerwiegender politischer Fehler, dass Bund und Länder sich immer noch nicht auf eine dauerhafte Förderung des Wohnungsbaus geeinigt haben. Die Ankunft der Schutzsuchenden könnte ein Katalysator sein, um Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu korrigieren. Nicht nur für Flüchtlinge, sondern generell für Menschen mit geringem Einkommen fehlen bezahlbare Wohnungen in den Ballungszentren in der Nähe der Arbeitsplätze.

Problem 3: Das Leben in Provisorien verschlechtert die Chancen für Integration. Für Asylberechtigte hat sich der Gesetzgeber für die Zukunft eine weitere Schikane einfallen lassen. Mit einer sogenannten Wohnsitzauflage soll verhindert werden, dass anerkannte Flüchtlinge in die Regionen ziehen können, in denen sie sich, oft in realistischer Sicht der Dinge, Jobs und Perspektiven erwarten. Dabei folgen anerkannte Flüchtlinge demselben Impuls, der bei Einheimischen als Bereitschaft zur Mobilität gelobt wird. Sie suchen ihre ökonomische Chance oder ihre Bildungsperspektive.



















Problem 4: Zugang zum Arbeitsmarkt. Faktisch wirkt sich die Vorrangprüfung, die für die ersten 15 Monate des Aufenthaltes gilt, ähnlich wie ein Arbeitsverbot aus. Die beruflichen Qualifikationen der Asylsuchenden werden bislang nicht regelmäßig erhoben. Es ist von einem erheblichen Bildungs- und Qualifizierungsbedarf auszugehen, wenn man nicht davon ausgehen will, dass die Betroffenen ohnehin in dem perspektivisch wenig chancenreichen Arbeitsmarktsegment der Geringqualifizierten landen werden. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur sprachlichen und beruflichen Qualifizierung sind erheblich verbesserungsbedürftig, von der Anerkennung bestehender Abschlüsse und Kompetenzen über die Förderung von Anpassungsqualifizierungen bis zur Förderung des Spracherwerbs über das Basisniveau hinaus.

Problem 5: Unzureichende Gesundheitsversorgung als Integrationshindernis. Viele Asylsuchende sind als Ergebnis ihrer Erlebnisse vor oder auf der Flucht traumatisiert. Sie bräuchten bereits im Asylverfahren Unterstützung, indem sie von all den Beschwernissen der Unterbringung ausgenommen und im Gesundheitssystem adäquat versorgt werden. Das entsprechende Versorgungssystem ist unterentwickelt und unterfinanziert. Es fehlt an Fachärzten und Therapeuten für diese Aufgabe. Für einen erheblichen Prozentsatz der Asylsuchenden wird es aber von entscheidender Bedeutung für ihre Integrationschancen sein, wie sie traumatisierende Erfahrungen verarbeiten können. Vorgaben aus EU-Richtlinien werden vom Gesetzgeber nicht umgesetzt.

Verpasste Chancen für Flüchtlinge und die Aufnahmegesellschaft

Vieles von dem, was Integration ermöglicht oder erleichtert, kann nicht einfach zu einem späteren Zeitpunkt mit gleicher Wirkung nachgeholt werden. Strukturelle Probleme, die in diesem Bereich nicht zeitnah angegangen werden, sind verpasste Chancen für Flüchtlinge wie Aufnahmegesellschaft.

An der Motivation der Flüchtlinge selbst mangelt es in der Regel nicht. Anstatt ihnen eine fehlende Bereitschaft zur Integration zu unterstellen, muss die Politik die jüngsten gesetzgeberischen Beiträge zu einer neuen Desintegrationspolitik und damit Armutsrisiken beseitigen.

Es ist im Umgang mit Flüchtlingen wie mit einheimischen Armen der diskriminierende Ton der Agenda 2010 zu hören: Noch bevor jemand ein Integrationsförderungsgesetz im Entwurf aus dem Hause Nahles gesehen hat, wird schon einmal mit Sanktionen nach dem Muster von Hartz IV gedroht.

PRO ASYL unterstützt die Herausgabe des Armutsberichts. Eine rationale und in die Zukunft weisende Politik muss Armut entgegenwirken. Bedürftige Gruppen dürfen hierbei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deutschland braucht ein Investitionsprogramm im Bereich Wohnen, Bildung und Ausbildung – nicht nur, aber auch für Flüchtlinge. Die Herausforderung der Integration, einer hohen Zahl von Schutzbedürftigen kann der Katalysator sein, um Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu korrigieren.

PRO ASYL e.V.

Pressekontakt:

Günter Burkhardt,

Tel. 069 - 242314-30, E-Mail: presse@proasyl.de





















Pressestatement Solveig Schuster Bundesvorsitzende des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV)



Die Hälfte aller Kinder in Armut lebt bei Alleinerziehenden, zu 90 Prozent Mütter. Einelternfamilien haben mit rund 42 Prozent das größte Armutsrisiko aller Familienformen und das, obwohl die Erwerbstätigkeit alleinerziehender Frauen hoch ist und weiter ansteigt. Arbeit allein schützt sie und ihre Kinder also nicht per se vor Armut. Das ist seit langem bekannt und doch: Seit Jahren tut sich nichts – Kinderarmut in Einelternfamilien sinkt nicht.

Warum sind Alleinerziehende und ihre Kinder so oft arm?

Die Ursachen sind vielfältig: Sie reichen von der Situation Alleinerziehender als Frauen und Mütter auf dem Arbeitsmarkt mit einem Betreuungsangebot, welches nicht zu den Arbeitszeiten passt, über nicht gezahlten Kindesunterhalt bis hin zu familien- und ehepolitischen Leistungen, die bei ihnen nicht ankommen, weil Teile des Sozial-, Steuer- und Unterhaltsrechts nicht gut aufeinander abgestimmt sind oder sich widersprechen. Sie fallen durchs Raster. "Sie", das sind 1,6 Millionen Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern im Haushalt – jede fünfte Familie.

Etwa beim Kinderzuschlag, einer Leistung die explizit verhindern soll, dass Familien auf Hartz IV angewiesen sind: Diese Leistung schließt Alleinerziehende fast vollständig aus, da Kindesunterhalt und/oder Unterhaltsvorschuss darauf angerechnet werden. Statt dem Nebeneinander vieler kindbezogener Leistungen setzt der VAMV daher auf eine Kindergrundsicherung als armutsvermeidendes Instrument.

Es gibt weitere Beispiele, die Alleinerziehende benachteiligen oder sie ausbremsen:

Wie das Ehegattensplitting und die Steuerklasse II: Während der Trauschein eine bis zu 15.700 Euro hohe Entlastung im Jahr bewirkt, werden Alleinerziehende in der Steuer mit einem Entlastungsbetrag von 1.908 Euro abgespeist.

Wie die Kinderbetreuung: Alleinerziehende arbeiten in allen Branchen, auch im Gesundheitssystem, im Einzelhandel oder in der Gastronomie. Da ist Schichtdienst, Wochenendarbeit auch in den Ferienzeiten angesagt. Es fehlen die passenden Betreuungsangebote zu Randzeiten, am Wochenende und in den Ferien. In der Kita, aber auch in der Schule. Das bedeutet: Ohne Kita kein existenzsichernder Job, ohne genug Einkommen Armut und Hartz IV. Ohne Beiträge in die Rentenversicherung und private Vorsorge Armut im Alter.

Wie das SGB II: Aktuell stehen dafür Neuregelungen an, und wir fordern zusammen mit anderen Verbänden die Einführung eines pauschalisierten Mehrbedarf für Umgangskinder im SGB II. Derzeitig wird bei den Alleinerziehenden tageweise das vollständige Sozialgeld gekürzt, sobald das Kind Umgang mit dem anderen Elternteil hat. Um einem Kind mit Aufenthalten in zwei Haushalten alles Notwendige, wie Kleidung und Alltagsutensilien bereitstellen zu können, bedarf es aber doppelter Anschaffungen. Fixkosten wie Telefon und Strom fallen bei der Alleinerziehenden weiter an und werden auch bei Abwesenheiten des Kindes nicht eingespart. Eine Existenzsicherung, die unterste Stufe der Armutsvermeidung, wird für diese Kinder erst durch einen solchen Umgangsmehrbedarf gewährleistet.

Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV)

Pressekontakt:

Antje Asmus, wissenschaftliche Referentin, E-Mail: asmus@vamv.de, Tel.: 030 - 69597871























Pressestatement Heinz Hilgers Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband (DKSB)

Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) setzt sich seit mehr als 60 Jahren für die Rechte von Kindern ein – für ein Leben in sozialer Sicherheit, ein gewaltfreies Aufwachsen und eine kindgerechte Beteiligung. Wir orientieren uns dabei am Kindeswohl, an den Bedürfnissen von Kindern und den Kinderrechten auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention.

Deutschland ist zweifellos ein reiches Land – und dennoch leben 2,7 Millionen Kinder von staatlichen Leistungen, wachsen faktisch in Armut auf. Angesichts der aktuellen Zahlen zu Kindern nach der Flucht ist anzunehmen, dass diese Zahl noch steigen wird.

Umso notwendiger ist es, den Fokus auf besonders stark von Armut betroffene Gruppen zu legen, so wie es der diesjährige Armutsbericht des DPWV konsequent macht. Der vom DKSB mitverfasste Beitrag "Gesichter der Armut in Deutschland - Auswirkungen von Armut auf die Lebenswirklichkeit und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen" nimmt die verschiedenen Dimensionen von Kinderarmut in den Blick. Die vielfältigen Auswirkungen von Armut auf Bildung und soziale Teilhabe, Gesundheit und das Wohnumfeld machen die Notwendigkeit und die Dringlichkeit von staatlichem und gesellschaftlichem Handeln deutlich.

So hängen der Bildungserfolg und soziale Teilhabechancen in Deutschland nach wie vor maßgeblich von der sozialen Herkunft ab. Viele Erkrankungen, Gesundheitsbeschwerden und Risikofaktoren treten bei von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen vermehrt auf. Und die sozialräumliche Konzentrierung von Armut in bestimmten Regionen und Stadtteilen zeigt sich so deutlich wie nie zuvor, mit schlechteren Wohnbedingungen, stärkeren Umweltbelastungen und schlechteren Freizeitmöglichkeiten.

Angesichts dieser Dimension von Kinderarmut in Deutschland und ihren gravierenden Auswirkungen braucht es endlich den politischen Handlungswillen, eine Gesamtstrategie zur nachhaltigen Bekämpfung von Kinderarmut zu erarbeiten und umzusetzen. Dies erfordert eine nachhaltige Strategie von Bund, Ländern und Gemeinden zur Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland.

Der DKSB fordert eine grundlegende Reform des derzeitigen Systems der Kinder- und Familienförderung – hin zu einer gerechten und existenzsichernden Kindergrundsicherung.

Dazu bedarf es:

- der Neuberechnung eines einheitlichen und bedarfsdeckenden Kinderexistenzminimums,
- der Reform des Dualismus von Kindergeld und Kinderfreibeträgen unter der sachgerechten Berücksichtigung des materiellen und immateriellen kindlichen Existenzminimums sowie
- der Schaffung einer einheitlichen Leistung in Höhe des kindlichen Existenzminimums.

Dafür setzen wir uns im Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG gemeinsam mit insgesamt acht weiteren Verbänden und zwölf WissenschaftlerInnen ein. Weitere Informationen dazu finden Sie auf www.kinderarmut-hat-folgen.de.

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V. (DKSB)

Pressekontakt:

Svenja Stickert, Fachreferentin Kommunikation, Tel. 030-214809-20, E-Mail: stickert@dksb.de



















ZEIT ZU(M) HANDELN

Deutschland ist eines der reichsten Länder dieser Erde und doch leben Millionen Menschen in Armut oder sind unmittelbar von Armut bedroht. Ein Phänomen, das in diesem Land gerne geleugnet oder klein geredet wird. Es wird Zeit, dass wir etwas dagegen tun!

Es wird Zeit, soziale Ungleichheit und Ausgrenzung zu bekämpfen. Es wird Zeit, eine Gesellschaft zu schaffen, die niemanden zurücklässt. Es wird Zeit, dass wir einen sozialen Arbeitsmarkt etablieren und sozialen Wohnraum schaffen. Es wird Zeit, dass alle Kinder die Förderung bekommen, die sie verdienen. Es wird Zeit, dass wir etwas gegen die rasant steigende Altersarmut tun und die Teilhabe behinderter Menschen an unserer Gesellschaft sicherstellen. Es wird Zeit, dass wir die Armut in Deutschland bekämpfen.

Es ist ZEIT ZU(M) HANDELN! Am 7. und 8 Juli 2016 werden wir uns in Fachforen, Workshops und Diskussionen gemeinsam dem Thema Armut stellen. Wir wollen den Fragen nachgehen, was Armut in reichem Land bedeutet, wer die Betroffenen sind und – ganz besonders – was wir dagegen tun können. Seien Sie dabei!



Vorträge | Workshops | Diskussionen

WO? Langenbeck-Virchow-Haus

Luisenstr. 58/59 | 10117 Berlin

WANN? Donnerstag | 7. Juli 2016

Freitag | 8. Juli 2016

Info und Anmeldung: www.armutskongress.de

Eine Veranstaltung von:



































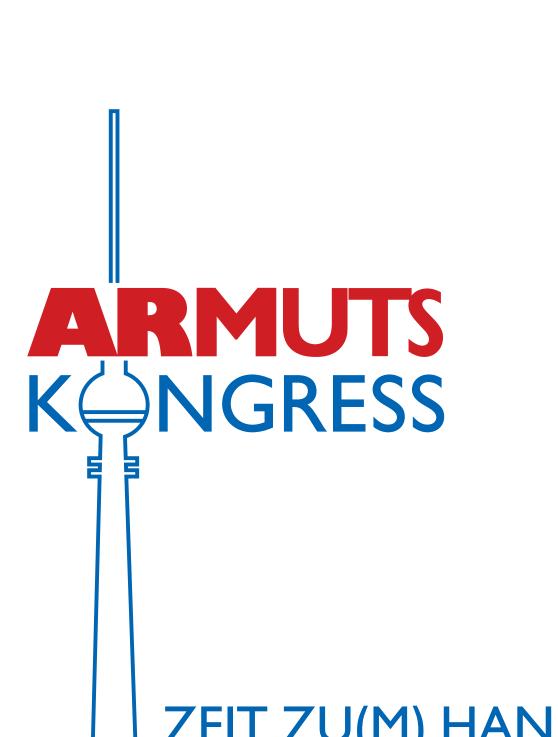












ZEIT ZU(M) HANDELN

7.7.+8.7. 2016 BERLIN

www.armutskongress.de...